

# IM BLICKPUNKT: E-Demokratie



Die Demokratie oder Volksherrschaft in Deutschland ist eine indirekte und repräsentative Herrschaftsform. Die Herrschaft der Repräsentant(innen) wird durch Wahlen legitimiert. In einer Demokratie geht es aber auch um das aktive verantwortliche Mitgestalten von Bürger(innen) im eigenen Alltag – in den Städten und Kommunen, in Vereinen und Verbänden oder ganz allgemein in der Zivilgesellschaft.

Die klassischen Medien, wie etwa Print- und Rundfunk, können dabei indirekt als Instrumente demokratischer Partizipation wirken. Sie erzeugen ein öffentliches Interesse für Themen und bieten so Möglichkeiten der vertiefenden Beschäftigung mit Inhalten. Medien unterstützen dadurch den demokratischen Diskurs innerhalb unserer Gesellschaft.



Mit der Entwicklung und Verbreitung des Internets und den daraus folgenden neuen Kommunikationstechnologien haben sich neue Möglichkeiten für eine direkte, mediengestützte Partizipation eröffnet. Mitmachen und Mitgestalten ist heute auch bei politischen Inhalten wesentlich einfacher möglich. Private Webseiten und Blogs, Internetauftritte von Verbänden und Vereinen, Audio- und Video-Podcasts, Profile in Online-Communitys, all diese „Sendestationen“ privater und öffentlicher Inhalte sind aus der aktuellen Medienlandschaft nicht mehr wegzudenken. Bürger(innen) können heute technisch problemlos vom konsumierenden Empfänger zum aktiven Sender werden.

IM BLICKPUNKT: E-Demokratie will zeigen, welchen Beitrag die heutigen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation zur Mitgestaltung an Demokratie leisten können und welche Schwierigkeiten durch die Digitalisierung von demokratischen Prozessen entstehen.





## Was bedeutet E-Demokratie?

Eine Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger(innen), die dadurch den Staat, seine Institutionen und letztlich auch die gesellschaftlichen Prozesse gestalten, ausfüllen und bestimmen. Durch die Kommunikationstechnologien des Web 2.0 haben Bürger(innen) heute neue Wege zur Gestaltung und Teilhabe (Partizipation) an demokratischen Prozessen. Diese können die Repräsentative Demokratie in den Parlamenten zwar nicht ersetzen, sie jedoch wertvoll ergänzen. Politische Entscheidungsprozesse gewinnen durch die direkte Beteiligung der Bürger(innen) an Transparenz sowie Akzeptanz.

**E-Demokratie** ist vom Onlineangebot virtueller Rathäuser, die Verwaltungsleistungen anbieten, zu unterscheiden. Bei E-Demokratie geht es nicht um die Möglichkeit, Verwaltungsgeschäfte wie etwa die Elektronische Steuererklärung (ELSTER) virtuell beziehungsweise online zu erledigen. Das fällt in den Bereich E-Government.

E-Demokratie umfasst vielmehr die Möglichkeiten der elektronischen Partizipation - also das Mitgestalten des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Grundsätzlich lässt sich unter E-Demokratie der digital (online) vermittelte Kontakt innerhalb und zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen beschreiben.

### Hintergrund

**Zivilgesellschaft** bezeichnet den gesellschaftlichen Raum, der sich durch die Interaktion zwischen Privatpersonen, Staat, Institutionen und Wirtschaft konstituiert.

**E-Government** umfasst die Umgestaltung interner und externer Verwaltungsprozesse zwischen staatlichen Institutionen, der Wirtschaft und Bürger(inne)n durch die Verwendung moderner Informations- und Kommunikationstechniken.

E-Demokratie setzt auf die klassischen demokratietheoretischen Kategorien **Öffentlichkeit**, **Partizipation** und **Legitimation**:

Durch eine virtuelle Bürgerversammlung in einer Stadt (Öffentlichkeit) lässt sich beispielsweise zu einem stadtspezifischen Thema in einem moderierten Online-Forum sowohl diskutieren als auch informieren (Partizipation). Bereits sachkundige Bürger(innen) können sich in einem solchen Online-Forum mit Expert(innen) und/ oder untereinander über eine bestimmte Fragestellung austauschen, sich gegenseitig weiterbilden und zusätzlich eine direkte Rückmeldung an Expert(inn)en geben.

Die durch den Austausch entstandenen Ideen, Anregungen und Konzepte können dann an die entsprechenden demokratischen Gremien weitergeleitet werden, die ihre Beschlüsse in Folge dieser Kooperation auf eine wesentlich bürgerschaftsnähere Basis stellen können (Legitimation). In der internetgestützten Diskussionssituation im Online-Forum können die Diskussionsteilnehmer(innen) weitere interaktive Angebote des Web 2.0 einbringen, wie etwa das Einspielen von selbstgedrehten Videos per YouTube oder Erfahrungsberichte von Bloggern am anderen Ende der Welt.

Die neuen internetgestützten Möglichkeiten und Instrumente des Web 2.0 spielen in Zusammenhang mit der voranschreitenden E-Demokratisierung eine gewichtige Rolle: Durch sie lässt sich digitale Teilhabe an Demokratie neu gestalten, das starre Top-down-Modell elitärer Entscheidungsprozesse und Debattenkultur aufbrechen und so für Teile der Bürgerschaft öffnen. Zudem bieten sich den gesellschaftlichen Institutionen neue Möglichkeiten, Bürger(innen) einzubeziehen.

Grundsätzlich lassen sich die folgenden digitalen Wege der sich entwickelnden E-Demokratie erkennen:

## E-Transparenz

Die Vernetzung über das Internet ermöglicht eine neue Transparenz von Entscheidungen und Prozessen: So sind beispielsweise im Zuge der voranschreitenden Online-Archivierung inzwischen alle Bundestagsbeschlüsse samt Abstimmungsverhalten aller Abgeordneter sowie wortwörtliche Protokolle der Plenarsitzungen und Parlamentsdokumentationen online verfügbar.

Die Nichtregierungsorganisation (NRO) „Parliamentwatch e.V.“ macht sich dies zu Nutze und dokumentiert auf ihrer Internetseite das Abstimmungsverhalten aller Bundestagsabgeordneten. Bürger(innen) können darüber hinaus mit ihren gewählten parlamentarischen Vertreter(innen) in Dialog treten und Fragen stellen. Andere politische Angebote des Web 2.0 wie etwa der Blog [www.netzpolitik.org](http://www.netzpolitik.org) setzen sich ebenfalls durch informative Beiträge für eine übersichtliche Aufbereitung von politischen Themen ein und bieten durch die Wiki-Funktion zusätzlich die Möglichkeit, sich in die politische Arbeit einzubringen.

Als weiteres Puzzlestück der E-Transparenz sind nicht zuletzt die neuen Möglichkeiten der Visualisierung und Aufbereitung von Statistiken und politischen Prozessen zum Beispiel aus dem Bereich der Wahlkampagnenbeobachtung zu nennen. Komplexe Zusammenhänge werden durch interaktive Visualisierungen veranschaulicht und so leichter verständlich. Unter [www.wahl.de](http://www.wahl.de) finden sich beispielsweise Nutzungsstatistiken von Web 2.0-Anwendungen durch Politiker(innen) und Parteien. Aufbereitet werden Daten für die Online-Angebote von Facebook, Flickr, Twitter und YouTube.

Ein weiteres Instrument zur Visualisierung von politischen Beziehungen ist das Analyse-Tool „linkfluence“, das bereits erfolgreich beim US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 eingesetzt wurde und nun auf der Seite [www.wahlradar.de](http://www.wahlradar.de) für die Darstellung deutscher Politikbeziehungen im World Wide Web Anwendung findet.

## E-Aktivismus

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten die Möglichkeit, themenspezifische Kampagnen online durchzuführen und diese gemeinsam mit Usern weiter zu gestalten. Einzelne Bürger(innen), aber auch organisierte Gruppen können durch die mediale Aufbereitung von eigenen Inhalten oder Themen über das Internet sowohl lokal als auch global Informationen verbreiten. Insbesondere NROs nutzen Web 2.0-Angebote, um Mitstreiter(innen) zu gewinnen: Amnesty International betreibt ebenso selbstverständlich einen YouTube-Channel wie das Non-Profit-Menschenrechtsprojekt WITNESS, welches über Dokumentarvideos von eigens geschulten Aktivist(inn)en vor Ort versucht, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken.

In Deutschland finden sich bislang noch wenige Online-Kampagnen solchen Ausmaßes, die sich mit der aktiven politischen Willensbildung über das Internet beschäftigen; die Kampagne „1000Fragen“ der Aktion Mensch ist hier eine der Ausnahmen. Auf niedrigerer Ebene haben Protestbewegungen - wie etwa die Scientology-kritische Gruppe „Anonymous“ - bereits erfolgreich unter Beweis gestellt, wie eine im Internet entstandene Protestbewegung den Schritt hinaus auf die Straßen der Städte vollziehen kann: Im August 2008 organisierten die E-Aktivist(inn)en von Anonymous in 80 Städten Demonstrationen, die gegen die demokratiefeindlichen Strukturen von Scientology protestierten.

Neben den traditionellen Straßendemonstrationen hat sich durch den E-Aktivismus eine neue, kreative Form des Protests, die so genannte E-Demonstration entwickelt. Der in Deutschland bekannteste Fall einer solchen E-Demonstration fand 2001 im Cyberspace statt: Anlass war die Beteiligung privater Fluggesellschaften, unter ihnen die Lufthansa, an sogenannten „Abschiebeflügen“ aus Deutschland. E-Aktivist(innen) meldeten beim Ordnungsamt Köln eine E-Demonstration an und nannten als Demonstrationort die Internetadresse [www.lufthansa.com](http://www.lufthansa.com).





Um gegen die Beteiligung von Lufthansa an den Flügen zu protestieren, versuchten die E-Aktivist(inn)en durch das massenhafte Aufrufen dieser Internetseite, diese für die zweistündig angemeldete Demonstration lahm zu legen. Letztlich erreichte die E-Demonstration, dass die Internetseite für zehn Minuten gar nicht mehr und für den Rest der zwei Stunden nur schwer aufzurufen war.

## E-Petitionen und E-Beschwerden

Durch die Schaffung neuer digitaler Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen ist nun ein aktiver Informationsfluss von Seiten der Bürger(innen) in Richtung Institutionen möglich. Eine Form dieser Ansprache ist die Online-Eingabe von Petitionen an die entsprechenden Ausschüsse. Der Petitionsausschuss der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bietet beispielsweise die Möglichkeit, Petitionen in ein Online-Formular einzutragen. Auch die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen bietet auf ihren Internetseiten Online-Formulare für Beschwerden von Bürger(inne)n an, die ihre Eingaben gezielt unter der Sektion „Radio und Fernsehen“ oder „Internet“ einreichen können.

Erarbeitet werden solche E-Petitionen zum Beispiel in Online-Foren wie DemokratieOnline, das bereits hunderte solcher E-Petitionen erarbeitet und eingereicht hat. Wie erfolgreich Online-Eingaben sein können, ist beispielhaft an der E-Petition mit dem Titel „Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten“ zu erkennen: Innerhalb von 48 Stunden nach Veröffentlichung unter der Internetadresse des Petitionsausschusses im Bundestag <https://epetitionen.bundestag.de> unterzeichneten 18.000 Menschen diese Eingabe. Zwei Wochen später waren es bereits 28.252 Unterzeichner(innen).

Auch staatliche Institutionen beziehen Bürger(innen) über Online-Services in Entscheidungsprozesse ein. Folgende Angebote sind derzeit zu unterscheiden:

## E-Information

Das Ziel, Bürger(innen) zu informieren, stellt hohe Anforderungen an die Aufbereitung und Strukturierung der Informationen. Die Bundesrepublik hat hier im internationalen Vergleich einen hohen Standard erreicht. So gilt die deutsche Internetseite der Initiative „PortalU - Umweltportal Deutschland“ ebenso wie die „Verwaltungssuchmaschine“ des Landes Nordrhein-Westfalen international als Vorbild. Themenspezifische Informationen werden hier jeweils gut übersichtlich strukturiert und für die User aufbereitet.

## E-Konsultation

E-Konsultation ist die frühzeitige Einbindung von Bürger(inne)n in Entscheidungsprozesse aus Politik und Verwaltung. So lassen sich bereits im Vorfeld der konkreten Umsetzung Ideen der Bürgerschaft in Planungen einbeziehen, eventuelle Vorbehalte oder Widerstände abbauen und größere Akzeptanz von politischen Entscheidungen durch Mitgestaltung erzeugen.

Ein solches Verfahren führte das Bundesministerium des Innern (BMI) im Rahmen des Projekts „Bürgerportale“ im Jahr 2008 mithilfe internetgestützter Kommunikationstechnologien durch. Die E-Konsultation des BMI zielte auf Diskussion der Bürger(innen) zum Thema „Sichere Online-Kommunikation“. Mehr als 11.000 Menschen besuchten die E-Konsultation im Internet und über 1.000 beteiligten sich, indem sie ihre Meinung zum Thema abgaben. Der Gesetzentwurf zum Thema „Bürgerportal“, der am 4. Februar 2009 vom Kabinett beschlossen wurde, berücksichtigte Beiträge und Kommentare dieser E-Konsultation. Ein Abschlussbericht wird auf den Internetseiten des BMI [www.e-konsultation.de](http://www.e-konsultation.de) veröffentlicht.

Auf europäischer Ebene finden solche Konsultationen im größeren Stil statt: Im März 2009 wurden

## Links

- **Web 2.0:** Wer mehr über Weblogs, Wikis und kooperative Technologien erfahren will, kann sich mithilfe der Broschüre IM BLICKPUNKT: Web 2.0 informieren.  
[www.media.nrw.de/imblickpunkt/themen/web2.0/](http://www.media.nrw.de/imblickpunkt/themen/web2.0/)
- In Zusammenhang mit Web 2.0 Anwendungen wird unter **Wiki** eine virtuelle Arbeitsplattform verstanden, an der alle registrierten User zum Beispiel an einem Textdokument kollaborativ arbeiten können. Das bekannteste Beispiel ist die freie Enzyklopädie Wikipedia.  
[de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia)
- Es werden laufend neue Methoden entwickelt oder bestehende ausgebaut, die ein möglichst anonymes Surfen im Internet ermöglichen sollen. Eines dieser

Programme ist die freie Software **Tor**. Anstatt einen direkten Weg vom Ausgangspunkt zum Ziel zu nehmen, wählt Tor einen zufälligen Pfad über mehrere Server. Eine Rückverfolgung der IP-Adresse wird so erschwert.  
[www.torproject.org](http://www.torproject.org)

- Der sogenannte **Digital Divide**, also die digitale Spaltung zwischen den Bevölkerungsanteilen, die völlig vom Internet abgeschnitten sind und denen, die das Netz immer stärker nutzen, scheint sich zu vergrößern.  
[www.digitaldivide.org](http://www.digitaldivide.org) (englisch)  
[mpira.ub.uni-muenchen.de/6758/1/MPRA\\_paper\\_6758.pdf](http://mpira.ub.uni-muenchen.de/6758/1/MPRA_paper_6758.pdf) (deutsch)

beispielsweise in allen Mitgliedstaaten der EU insgesamt 27 nationale Bürgerkonferenzen abgehalten, die sich auf zehn Empfehlungen zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas verständigten. Auf der Internetseite [www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de](http://www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de) wird das umfassende Partizipationsangebot der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 erklärt und dokumentiert.

## Neue Herausforderungen

Beteiligungsformen und Partizipationskonzepte jeglicher Art - insbesondere Beteiligungen an demokratischen Entscheidungsprozessen - sind wegen ihrer gesellschaftlichen Tragweite auf die Echtheit, also Authentizität ihrer Teilnehmer(innen) angewiesen. Eine abgegebene Stimme für oder gegen einen bestimmten Beschluss, eine Konsultation von Bürger(inne)n zu einem bestimmten Thema oder jede andere politische Willensbekundung ist vor dem Hintergrund ihrer Echtheit zu beurteilen. Die analogen Wahlverfahren, durch die Bürger(innen) Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalparlamente wählen, haben einen hohen Sicherheitsstandard: Die Authentizität oder die Echtheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise der stimmabgebenden Wähler(innen) ebenso wie die Verfahren zur Aufrechterhaltung des Wahlgeheimnisses werden nach jahrzehntelanger, erfolgreicher Praxis kaum noch in Frage gestellt.

Gleiches gilt noch nicht für die Abgabe von elektronischen oder „virtuellen“ Stimmen. Das sogenannte E-Voting stellt nicht nur hohe Ansprüche an technische Sicherheitsstandards, auch das Vertrauen der Bürger(innen) in die Geheimhaltung ihrer Stimmabgabe muss für solche virtuellen Verfahren erst noch gewonnen werden. Die medienpädagogische Arbeit hat dazu geführt, dass das Prinzip der Datenarmut im Netz von mehr Nutzer(inne)n verfolgt wird: Medienkompetente User versuchen, ihre persönlichen Daten möglichst nicht oder nur sehr selektiv anzugeben. Gechattet wird unter einem frei gewähl-

ten Alias, Programme wie „Tor“ erschweren die Rückverfolgung ihrer IP-Adressen und unpersonalisierte E-Mail-Anschriften sind für internetaffine Nutzer(innen) alltäglich. Anonymität im Netz hat sich wegen der voranschreitenden Datensammlung unter den Onlinern zu einem hohen Gut entwickelt. Bevor sich demokratische Wahlen auf virtueller Basis zu einer gesellschaftlich relevanten Größe entwickeln können, muss sich das Spannungsverhältnis zwischen der Sicherheit privater Daten im Netz und der notwendigen Feststellung von Authentizität einer Wähleridentität lockern.

Darüber hinaus besteht nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den industrialisierten Staaten ein Digital Divide - also eine digitale Spaltung - zwischen den sogenannten Onlinern und Menschen, die technisch nicht ans Netz angeschlossen sind. Der durchschnittliche Internetnutzer ist männlich, jung, verfügt über akademische Bildung, hohes Einkommen und lebt in der westlichen Hemisphäre. Weniger gebildete, ältere, weibliche Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sind hingegen

## Links

- Bei den **Europäischen Bürgerkonferenzen 2009** haben Bürger aus allen 27 Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, im Dialog untereinander und mit Entscheidungsträgern die Zukunft Europas mitzugestalten.  
[www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de](http://www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de)
- Der **Wegweiser Bürgergesellschaft** versteht sich als virtueller Wegweiser, der über Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe informiert.  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)
- **PortalU** bündelt Informationen von öffentlichen Institutionen und Organisationen rund um das Thema Umwelt:  
[www.portalu.de](http://www.portalu.de)
- Die **Verwaltungssuchmaschine NRW** hilft bei der Suche nach Informationsangeboten und Diensten der öffentlichen Verwaltung.  
[vsm.d-nrw.de](http://vsm.d-nrw.de)

kaum an das Internet angebunden, geschweige denn, dass sie über das nötige Know-how verfügen, um sich im globalen Netz souverän zurechtzufinden. Dieses Know-how geht über eine einfache Computer-Alphabetisierung – also über die rein technische Komponente von Medienkompetenz – weit hinaus. Um die neuen partizipativen Möglichkeiten des Web 2.0 als Instrumente politischer Willensbildung aktiv und nicht nur als Konsument zu nutzen, bedarf es weitreichender (Aus)bildung im Bereich der reflektierenden und gestaltenden Medienkompetenz für alle Teile der Bürgergesellschaft.

Das digitale Ungleichgewicht setzt sich in Metropolen der OECD-Länder fort. Auch hier hängt der Zugang zum Internet und die Nutzungsart vom sozialen Status, der Bildung, dem Einkommen und dem biologischen Geschlecht der Bürger(innen) ab. Der (N)Online Atlas 2008 stellte fest, dass der Anteil männlicher Online-Nutzer im Gegensatz zum vorherigen Erhebungsjahr wieder überproportional stieg und die Männer-Frauen-Schere sich erneut weiter öffnete. Die sogenannte Verstärkerhypothese, die besagt, dass neue partizipative Entwicklungen im Bereich der Internet- und Kommunikationstechnologien nur für den ohnehin schon internetaffinen Teil der Bevölkerung einen Demokratiezuwachs bedeuten, während andere Bevölkerungsanteile weiter abfallen, scheint sich hier zu bestätigen.

Die Entwicklung einer partizipativen E-Demokratie für alle Bürger(innen), gleich welcher sozialen Herkunft, Bildung, welchen Verdienstes und Geschlechtes, setzt daher insbesondere die Überwindung des Digital Divide voraus.

## Ausblick

Welches Potential das World Wide Web für die Verbreitung demokratischer Prinzipien hat, zeigte die

vergangene Wahlkampagne des US-amerikanischen Präsidenten Barack H. Obama. In einem vorher nie da gewesenen Umfang nutzte das Kampagnen-Team die interaktiven Möglichkeiten des Web 2.0: Über die Social-Community [my.barackobama.com](http://my.barackobama.com) wurden Kampagnentreffen organisiert, Fragen von Wähler(inne)n beantwortet und Menschen für die aktive und gemeinsame Teilnahme an der Kampagne gewonnen. Neu daran war, dass den engagierten Bürger(inne)n große Autonomie bei der Selbstorganisation und Veröffentlichung ihrer politischen Inhalte gewährt wurde.

Ähnliche Konzepte könnten sich langfristig auch in Europa durchsetzen; bisher befinden sich die EU-Länder dahingehend jedoch noch in den Kinderschuhen. Neben der Verbreitung von politischen Inhalten während der Wahlkämpfe könnte die zukünftige E-Demokratie aber auch ihre Bürger(innen) näher zusammenbringen. Ein onlinegestützter Austausch innerhalb spezifischer gesellschaftlichen Gruppen bis hin zu Online-Volksabstimmungen würden einen enormen Zuwachs an demokratischer Struktur darstellen.

## Impressum

Diese Broschüre ist mit Mitteln der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen entstanden. Sie kann kostenlos unter [www.media.nrw.de/medienkompetenz/imblickpunkt](http://www.media.nrw.de/medienkompetenz/imblickpunkt) heruntergeladen werden.

### Redaktion:

ecmc Europäisches Zentrum für Medienkompetenz GmbH  
Bergstr. 8 • 45770 Marl  
Tel.: +49 (0)2365 9404-0 • Fax: +49 (0)2365 9404-29  
E-Mail: [info@ecmc.de](mailto:info@ecmc.de) • Internet: [www.ecmc.de](http://www.ecmc.de)

### Bildquellen:

Ioannis Kounadeas / fotolia.com

Stand: Juni 2009